

Nr. 6 | Dezember 2008

GRÜNE in Dortmund



*Spirale abwärts —
zunehmende Armut
in Dortmund*

Liebe LeserInnen!

Der Dortmunder Armutsbericht legt die Situation vieler DortmunderInnen dar. Besonders Kinder geraten immer mehr in den Strudel der Armut. Drei von zehn Dortmunder Kindern leben in Familien ohne oder mit nicht ausreichendem Erwerbseinkommen. Eine gesunde Ernährung und eine vernünftige Ausstattung mit Kleidung und Schuhen sind kaum realisierbar. Diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, ist einer der Schwerpunkte GRÜNER Kommunalpolitik. Diesem Ziel dient auch der Aktionsplan Soziale Stadt. Hiervon möchte diese GRinDO-Ausgabe berichten. Neu von Armut bedroht sind auch die fast 10.000 so genannten AufstiegsarbeiterInnen, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können und deshalb zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN halten dies für einen gesellschaftspolitischen Skandal. Auf kommunaler Ebene haben wir festgeschrieben, dass Unternehmen, die nicht tarifgebunden entlohnen, bei der Vergabe städtischer Aufträge nicht berücksichtigt werden sollen. Durch den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes wollen wir neue Beschäftigungsmöglichkeiten in stadtteilbezogenen Beschäftigungsprojekten, im Quartiersmanagement und bei der Verbesserung der ökologischen und sozialen Infrastruktur schaffen.

Solche Verbesserungen haben wir bei der Mobilität von Einkommensschwachen bereits erreicht. Rund 23.000 Menschen nutzen zurzeit das Dortmunder Sozialticket. Mit einem Ticketpreis von 15,00 Euro monatlich wird für einkommensschwache Dortmunder BürgerInnen eine bezahlbare Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt angeboten. Ein Erfolg GRÜNER Kommunalpolitik. Angesichts knapper Finanzen müssen die Prioritäten im Sinne einer solidarischen Sozialpolitik verändert werden. Von daher ist überhaupt nicht einzusehen, warum ausgerechnet Kostenargumente zur Abschaffung des Sozialtickets vorgetragen werden. Die gleichen Politik-Akteure, die das Sozialticket infrage stellen, haben keine Schwierigkeiten damit, jährlich 23 Millionen Euro Flughafen-Subventionen bzw. einen kreditfinanzierten 136 Millionen Euro teuren Ausbau des Dortmunder Flughafens zu rechtfertigen. Für uns GRÜNE steht das Sozialticket nicht zur Disposition. In diesem Sinne viel Nachdenkliches, aber auch Spaß beim Lesen

Mario Krüger,
Oberbürgermeisterkandidat und
Fraktionsprecher von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN im
Dortmunder Rat



„Die gleichen Politik-Akteure, die das Sozialticket infrage stellen, haben keine Schwierigkeiten damit, jährlich 23 Millionen Euro Flughafen-Subventionen bzw. einen kreditfinanzierten 136 Millionen Euro teuren Ausbau des Dortmunder Flughafens zu rechtfertigen.“

Mario Krüger, Oberbürgermeisterkandidat Bündnis 90/DIE GRÜNEN Dortmund

Magazin

..... Seiten 4 und 5

SOZIALE STADT

Rede von Markus Kurth

..... Seite 6 und 7

Gegen Geldverschwendung

..... Seiten 8 und 9

Hilfen für die Schwächsten

..... Seite 10

Flächenfraß in Dortmund

..... Seite 11

Barbara Blotenberg und
Markus Kurth im Interview

..... Seiten 12 und 13

GRÜN-Streifen, Magazin

..... Seite 14

Personalabbau bei Landesum-
weltbehörden

..... Seite 15

BDK in Erfurt, Termine

..... Seite 16



Sozialticket, kommunaler Lernmittelfonds, Aktionsplan Soziale Stadt — GRÜNE Sozialpolitik hat viel zu bieten — finden auch unsere beiden BundestagskandidatInnen Barbara Blotenberg und Markus Kurth im Interview auf den Seiten 12 und 13.

IMPRESSUM:

GR/inDo ist eine Publikation von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund
Ruhrallee 44
44139 Dortmund (Herausgeber)
0231- 12 11 71
info@gruene-dortmund.de
v. i. S. d. P.: Hilke Schwingeler (HS)
(Sprecherin) und Ulrich Langhorst
(UL) (Sprecher).
Mit Beiträgen von
Martina Müller (MaM),
Manfred Krüger-Sandkamp (MKS)
Mario Krüger (MK),
Stephan GümbeI (SG),
Remo Licandro (RL)
Redaktion und Layout:
Markus Magaschütz (MM)
Druck: Druckwerk GmbH, Dortmund
Auflage: 1.000 Exemplare
Die Abgabe ist kostenfrei.



Lebenslage: Illegal

Bricht man die neuesten Schätzungen von ein bis zwei Millionen ZuwanderInnen, die in der Bundesrepublik in der Illegalität leben, auf Dortmund herunter, so kommt man auf eine Zahl von ca. 3.700 bis 7.000. Der Vorwurf, dass unsere Gesellschaft nur allzu gerne die Augen angesichts eklatanter Missstände verschließt, zieht hier nur bedingt.

Es liegt in der Logik der Thematik, dass Menschen, die aufgrund der restriktiven Migrationspolitik der Bundesrepublik - im Einklang mit ihren europäischen Partnern - gezwungen sind, in der Illegalität zu leben, sich eben nicht als solche zeigen. Folglich wissen nur wenige, wie die Alltagswirklichkeit in der Illegalität aussieht.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN hatten deshalb für den 30.10.2008 in die Auslandsgesellschaft NRW zur Podiumsdiskussion mit dem Thema „Lebenslage illegal – Was die

Flüchtlingspolitik der EU mit Dortmund zu tun hat“ geladen. Angelika Beer (MdEP) berichtete über die fragwürdigen Einsatzpraktiken der 2004 gegründeten „Grenzschutzagentur“ FRONTEX an den Grenzen der „Festung Europa“. Maren Wilmes (Dip.-Sozialpädagogin) präsentierte ihre Kölner Studie zur Lebenssituation von Menschen ohne Papiere, worin Themengebiete wie „Wohnen in der Illegalität“ oder „Bildung in der Illegalität“ beleuchtet werden. Leider liegt eine solche Studie für Dortmund nicht vor. Mareike Tolsdorf (Pflegerwissenschaftlerin) vertiefte diese Betrachtungen durch Ausführungen zur

Lebenssituation von Menschen, die gesundheitlicher Hilfe und Begleitung bedürfen, aber aufgrund ihres Status von unserem Gesundheitswesen ausgeschlossen sind.

Verschleppung von Krankheiten, abenteuerliche Versuche zur Selbstbehandlung bis hin zu Schwangerschaften, die unerkannt bleiben müssen und folglich Kinder, die ohne ärztliche Begleitung ausgetragen werden, lassen erahnen, wie wenig sich die Alltagswirklichkeit von Menschen ohne Papiere mit dem ersten Artikel unseres Grundgesetzes vereinbaren lässt.

Wir GRÜNEN in Dortmund sehen in der Veranstaltung den Auftakt, uns

dieser Herausforderung auch hier vor Ort zu stellen, und zwar gemeinsam mit allen Organisationen und InteressentInnen, die sich durch das Thema in ihrer sozialen Verantwortung angesprochen fühlen.

Dazu laden wir zu einem runden Tisch im Kreisverbandsbüro am 21.01.2009, um 19.00 Uhr ein. (RL)

Diskutierten über Menschen ohne Papiere: Maren Wilmes, Stefan Neuhaus, Angelika Beer und Mareike Tolsdorf.



GRÜNE Hochschultour an der FH Dortmund



Kai Gehring, GRÜNER Bundestagsabgeordneter, diskutierte an der Fachhochschule Dortmund über Hochschulpolitik und Studiengebühren.

Die Fachhochschule Dortmund war am 10. Juni die dritte Station auf der GRÜNEN NRW-Hochschultour. Kai Gehring MdB, die Landesvorsitzende der NRW-GRÜNEN, Daniela Schneckenburger und die Geschäftsführerin des GRÜNEN Dortmunder Kreisverbands, Martina Müller diskutierten mit Reiner Niebur, dem Leiter des Dortmunder Studentenwerkes.

Überstrukturierte Bachelor- und Masterstudiengänge, finanzielle Zusatzbelastungen durch die schwarz-gelben Studiengebühren, gestiegene Leistungsanforderungen und Belastungssituationen waren die Themen. An dem GRÜNEN Infostand wurde in den Diskussionen Unmut über die unsozialen Studiengebühren und fehlenden Studienplätze laut.

Nach der GRÜNEN Info-Aktion ging es weiter zum zweiten Gesprächstermin: Gabriele Kirschbaum, Gleichstellungsbeauftragte der FH, informierte anschließend über Beratungsstellen für Studierende mit Kind und Eltern-Kind-Räume. Anliegen aller war es, verstärkt Männer für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu gewinnen. Die Studien- und Arbeitsbedingungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen einer aktiven Vaterschaft häufig entgegen.

Der dritte Gesprächstermin fand im Fachbereich Informatik beim Dekan des Fachbereichs, Prof. Dr. Klaus Zepfenfeld, und Prof. Dr. Britta Böckmann aus dem Fachbereich „Medizinische Informatik“ statt. Beide stellten uns das Konzept „Green IT“ vor. (MaM)



*Wir pfeifen auf euren
Nationalismus!*



Für den 6.9.2008 hatten sich mal wieder die Nazis angesagt, um durch Dortmund zu ziehen. Und wieder hatten sie für den Vortag einen „Infostand“ vor der Katharinentreppe zwischen Bahnhof und Innenstadt beantragt. Hier wollten sie für ihren Aufmarsch werben und über Lautsprecher ihre Ideen unters Volk bringen.

Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben ihnen einen angemessenen Empfang bereitet. Ausgerüstet mit Hunderten von Trillerpfeifen gab es ein anhaltendes Pfeifkonzert, frei nach dem Motto „Wir pfeifen auf euren Nationalismus!“

Dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem neofaschistischen Gedankengut ausgeschlossen ist, zeigte schon ein Blick auf ihre Plakate. So wurde ein geschichtsklitternder Bogen von der Bombardierung Dresdens 1945 bis zum „Afghanistankrieg“ in unserer Zeit gespannt. Und was hinter ihrem sozialen Anstrich steht, entlarvte schnell der Slogan „sozial und national“.

Wir wollten den Nazis nicht nur zeigen, wie wenig willkommen sie in unserer Stadt sind. Es ging auch darum, ihre kruden Ansprachen und die eingespielte Nazimusic mit einer schrillen Kakophonie zu würdigen. Ohne diese Aktion wären viele PassantInnen kommentarlos an dem Nazistand vorbeigehuscht. Nun aber ergab sich die Möglichkeit, mit in den Protest einzusteigen, und manch einer griff zur Pfeife.

Kritisch hinzugefügt sei noch der Verweis auf die mangelnde Unterstützung der Stadt für unsere Aktion. Es bestand die Möglichkeit, ein großes Banner gegen die Nazis an dem Bürohaus der Dortmunder Agentur für Tourismus anzubringen. Die hier ansässigen Firmen hatten uns schon ihre Unterstützung versichert.

Allerdings wurde diese Aktion von der Stadt untersagt, mit der Begründung, es könnten Schäden am Gebäude entstehen. Kein Fußbreit den Rechten! – ein beherztes Eintreten für diese Sache sieht anders aus... (RL)

„Die Würde der Ausgegrenzten und Unsichtbaren wahren“

Markus Kurth (MdB) bewarb sich mit dieser Rede um einen Listenplatz zur Bundestagswahl im Jahr 2009.

Charles Dickens war 12 Jahre alt, als er 1823 Fabrikarbeiter wurde. Sein Vater saß im Schuldnergefängnis von London und Charles war der einzige in der Familie, der das Geld für seine Mutter und seine sieben Geschwister verdiente. Charles Dickens wusste also, wovon er schrieb, als er zum Erzähler der furchtbaren Armut im England des 19. Jahrhunderts wurde, als er *Oliver Twist* erfand, den Waisenjungen. Keiner schrieb so drastisch über die Gewalt und die Ausbeutung, die das Leben gerade der armen Kinder prägte. Und Dickens hatte Erfolg: Seine Romane erschütterten die Bürger und die Politiker. England diskutierte über ein Armengesetz.

Wie würde heute ein Charles Dickens, ein Erzähler der Armut, die Welt aus der Sicht von Siebenjährigen beschreiben, die so gerne einmal ein Schwimmbad besuchen würden, diese ferne Welt, und die nicht wissen, was es heißt, vorgelesen zu bekommen? Die meisten Geschichten, die über die *Oliver Twists* des 21. Jahrhunderts zu erzählen wären, wären Geschichten von Kindern, die gelernt haben, sich und ihre Armut zu verstecken. Sie handelten von der hilflosen Scham auf dem Pausenhof, von abgesagten Klassenausflügen und gescheiterten Freundschaften, von dem Schlangestehen mit der Mutter an der Lebensmittelausgabe der Tafel und den vergeblichen Versuchen der Eltern im Jobcenter, wenigstens einen Ein-Euro-Job zu ergattern.

Der Rahmen wäre anders als bei Charles Dickens – schließlich gibt es einen Sozialstaat in Deutschland. Die Erzählung handelte also auch von Jugendämtern, denen Stelle um Stelle

gekürzt wird, von müden SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die trotzdem weiterkämpfen, weil ihnen diese Kinder wichtig sind. Die Erzählung handelte auch von SozialpädagogInnen, die trotz miserabler Arbeitsbedingungen um die Ausbildung von Schulabbrechern ringen. Die Erzählung handelte nicht zuletzt von ProfessorInnen und PolitikerInnen, die behaupten, dass sich Kinder von 3 Euro am Tag ernähren können.

Vielleicht könnte ein Mensch, der die Welt aus der Sicht der Armen mit aller Sprachgewalt aufschriebe, einiges bewegen. Aber es gibt keinen Charles Dickens mehr, der es vom Kinderarbeiter zum Dichter schafft.

Auch ich schreibe keine Romane, sondern Anträge. Als Sozialpolitiker im Deutschen Bundestag gehöre ich zu denen, die sich in einer Umgebung bewegen, in der die wahren Geschichten des Lebens vor Statistiken und Studien in den Hintergrund treten. Und diese Studien sind leider allzu eindeutig. Die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheitsrisiken, zwischen Armut und Bildungschancen oder zwischen materieller Not und Fehlernährung sind zweifelsfrei belegt. Eigentlich ist völlig klar, wo sozialpolitisch zu investieren ist. Aber mit Zahlen allein lässt sich offensichtlich nicht der Sinn für das Vernünftige wecken. Wir müssen folglich – wenn wir schon nicht eine berührende literarische Geschichte schreiben können – eine politische Erzählung hervorbringen, mit Gefühl für die Würde der Ausgegrenzten und Unsichtbaren, mit Gefühl für die Fähigkeiten der zu Überflüssigen erklären.

Politische Erzählung

Diese politische Erzählung muss viele Kapitel haben, aber für drei würde ich mich ganz besonders verantwortlich fühlen:

Erstens muss unsere Erzählung die Erlebnisse derer aufgreifen, die täglich den Zwängen und Zumutungen verschiedener Sozialbehörden ausgesetzt sind und die unglaubliche Hürden nehmen müssen. Der Sozialstaat, den ich mir vorstelle, übernimmt rechtliche - bürgerrechtliche - Garantien wie etwa Wunsch- und Wahlrechte zur Ermöglichung von Selbstbestimmung.

Das GRÜNE Leitbild muss sein: Nicht der Mensch muss sich an die Bedingungen und Leistungen des Sozialstaats anpassen, sondern die Leistung muss dem Menschen folgen! Nur dann kann eine Leistung auch wirksam sein! Wer erwerbslose Bürgerinnen in fragwürdige Billigmaßnahmen drängt, verschwendet nicht nur Steuergelder, sondern vergeht sich am kreativen Potential dieser Menschen.

Wer, wie die Linkspartei in Berlin, junge Behinderte in Pflegeheime verschieben will, verletzt das Grundrecht auf freie Wahl der Wohnung.

Wer, wie die Große Koalition junge, erwerbslose Erwachsene dazu zwingt, selbst unter schwierigsten familiären Bedingungen bis zum 25. Lebensjahr bei ihren Eltern zu wohnen, verletzt Persönlichkeitsrechte! Und wer, wie die CDU-regierten Länder die Prozesskostenbeihilfe abschaffen und Gebühren für Sozialgerichtsverfahren einführen will, der stellt die Rechtsstaatlichkeit für arme Menschen zur Disposition.



Der Dortmunder GRÜNE Bundestagsbeordneter Markus Kurth bewarb sich beim Listenparteitag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW um Platz 6 auf der Landesliste zur Bundestagswahl.

In seiner Rede knüpfte er an den Sozialromanen Charles Dickens' an und spann den Bogen zu den Problemen des Sozialstaates der Gegenwart.

Das saß bei den Delegierten. Mit einer Zustimmung von rund 70 Prozent erhielt Markus Kurth ein sehr gutes Ergebnis. Der Kreisverband Dortmund freut sich über die Zustimmung und die Fortsetzung der politischen Arbeit von Markus Kurth im Deutschen Bundestag.

In diesem GRinDO drucken wir seine Bewerbungsrede ungekürzt ab.

Was die anderen Parteien nicht begreifen können oder wollen: Der moderne Sozialstaat ist weder eine reine Versorgungseinrichtung noch eine Besserungsanstalt. Er muss die Menschen in ihrer Verschiedenheit, mit ihren Rechten und ihren Kompetenzen als Sachwalter in eigener Sache akzeptieren. Das ist unser GRÜNES Verständnis vom Sozialstaat.

Zweitens müssen wir die Geschichte der Menschen politisch entfalten, die verlässliche langfristige Hilfestellung brauchen.

Das kann der Mensch mit Behinderung sein, der eine dauerhafte Ar-

beitsassistenz benötigt. Das ist ebenso der ältere Erwerbslose, der auch jenseits der 50 noch einmal eine Ausbildung braucht. Welche Dummheit dieser Regierung, den PKW-Absatz steuerlich fördern zu wollen, wo sich doch alle Möglichkeiten eines sozialen Konjunkturprogramms bieten: Wir brauchen dauerhafte Investitionen in wirksame Infrastruktur für die Entwicklungschancen von Menschen.

Drittens müssen wir die Geschichte der Eltern zu unserer Geschichte machen, die sich das Geld für die Schulbücher und die Kleidung ihrer Kinder

wortwörtlich vom Munde absparen. Der Kampf für eine Anpassung des Regelsatzes geht weiter.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte mit euch dafür einsetzen, diese drei Kapitel einer politischen Erzählung zu entfalten und in Gesetze zu übertragen. In Gesetze, die tatsächlich die notwendigen Bedarfe sichern. In Gesetze, die aus den so genannten Kunden des Sozialstaats wieder handelnde Menschen in eigener Sache machen. Dann, ja dann könnte es sein, dass die Oliver Twists des 21. Jahrhunderts ihre Scham ablegen und ihre Würde wiedergewinnen können.

Gegen Geldverschwendung

Die Dortmunder GRÜNEN fordern eine Diskussion über die Geld-Verwendung. Flughafen, Sozialticket, Schulbücher — was wollen wir bezahlen?

„Lieber ein Sozialticket für Menschen als ein Sozialticket für Fluggesellschaften“ lautet das Motto der GRÜNEN Wahlkampf- und Finanzdebatte in Dortmund.

Auf Grundlage der Wahlprogramme werden die Bürger im Juni 2009 entscheiden, wem sie zutrauen, eine verlässliche Politik umzusetzen, die sowohl die arbeitsmarktpolitischen als auch die ökologischen und finanziellen Belange in Einklang bringt.

Und genau da werden die Dortmunder GRÜNEN die Finger in die Wunde legen. Der Flughafen ist klimaschädlich, Flugzeuge quälen die AnwohnerInnen bis spät in die Nacht mit Lärm und der Airport kostet jährlich unzählige Millionen Euro. Geld das an allen Ecken und Kanten fehlt — auch in Dortmund.

Flügelahm

Der erste Billigflieger macht sich vom Acker. Für Kreisverband und Ratsfraktion der GRÜNEN ist der Rückzug von Easyjet am Dortmunder Flughafen im Juli eine absehbare Folge der grundsätzlichen Fehlentwicklung im Bereich des Flugverkehrs, der Erhöhung der Treibstoffpreise sowie der wirtschaftlichen Entwicklung der Billigflieger.

Vor dem Hintergrund wachsender Schulden des Flughafens und der großen finanziellen Probleme in Dortmund stoßen die Dortmunder GRÜNEN eine grundlegende Diskussion darüber an, was man in der Stadt mittel- und langfristig zukünftig noch finanzieren will und was nicht.

Hilke Schwingeler, Sprecherin des GRÜNEN Kreisverbandes: „Easyjet wusste um die Bedingungen und Betriebsregelungen am Flughafen. Nebenbei bemerkt sind es die gleichen Regelungen wie am Flughafen

in Düsseldorf. Das hat das Unternehmen nicht daran gehindert, nach Dortmund zu kommen und dabei auch noch die Subventionen aus dem NERES-Programm mitzunehmen. Jetzt anschließend die vorher bekannten Betriebszeiten als einen Grund für den Rückzug anzuführen, ist mehr als heuchlerisch und soll vor allem von der Krise der Billigfluglinien ablenken.“

Das Geld fehlt dem Klinikum

Wenn nun wieder über die Zukunft des Flughafens diskutiert wird, dann muss man das im Gesamtzusammenhang mit anderen Notwendigkeiten in unserer Stadt und ihrer Finanzierung tun. Für uns GRÜNE heißt das: Wer vom Flughafen redet, darf vom Klinikum und vom Sozialticket nicht schweigen.

Bekanntlich werden beim Klinikum Millionen von Euro benötigt, um es wieder auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, die Gesundheitsversorgung der Dortmunderinnen und Dortmunder weiter auf hohem Niveau zu halten und über 4000 Beschäftigten eine sichere Zukunft zu bieten.

Beim Sozialticket wird öffentlich über eine Erhöhung des Preises bzw. sogar über eine Abschaffung nachgedacht, obwohl es mittlerweile über 23.000 von Armut betroffenen Menschen ihre tägliche Mobilität sichert.

Hilke Schwingeler: „Gleichzeitig leistet sich Dortmund den durch die Stadtwerke hoch subventionierten Flughafen. Jahr für Jahr müssen ca. zwanzig Millionen Euro an Verlusten ausgeglichen werden.“

Ohne diese Subventionen wäre der Flughafen nicht überlebensfähig. Wir als GRÜNE sagen deshalb: Das Klinikum als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung ist eine



gesundheitliche Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Das Sozialticket ist eine sozialpolitische Daseinsvorsorge.

Der Flughafen dagegen hat mit Daseinsvorsorge nichts zu tun. Wer sich den Flughafen trotzdem und trotz der großen jährlichen finanziellen Belastungen erlaubt, darf nicht gleichzeitig Klinikum und Sozialticket zur Disposition stellen.

Oder andersrum: Wer für das Klinikum und Sozialticket schwarze Zahlen fordert, der muss dasselbe auch beim Flughafen tun.

Der unterschiedliche Grad der Subventionierung zeigt sich auch an den



Illustration: Friederike Engels

nackten Zahlen. Während in Bussen und Bahnen bei 130 Millionen Fahrgästen der Defizit ausgleich pro Fahrt 48 Cent beträgt, sind es am Flughafen 9,48 Euro, die von den Stadtwerken für jeden Einzelnen der 2,1 Millionen Fluggäste obendrauf gelegt werden müssen.

Ingrid Reuter, Fraktionssprecherin der GRÜNEN: „Davon spricht Herr Pehlke nicht, wenn er die Kosten des Sozialtickets beklagt. Solange mit dem NERES-Förderprogramm am Flughafen großzügig auf Einnahmen verzichtet wird, sind Forderungen

nach einer Erhöhung der Preise für das Sozialticket ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die auf ein solches Ticket angewiesen sind. Eine einfache Verschiebung der Subventionen vom Flughafen hin zu Klinikum oder Sozialticket funktioniert allerdings - leider - nicht.“

Die ohne GRÜNE Beteiligung getroffenen Beschlüsse zum Ausbau und die dadurch entstandenen Kosten knebeln die Stadt noch für viele weitere Jahre. Ob der Flughafen also geschlossen würde oder nicht: Die Zahlungen für Zinsen und Tilgung bleiben. Da-

mit sie nicht noch höher werden und noch länger gezahlt werden müssen, lehnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen weiteren Ausbau des Flughafens sowie eine Ausweitung der Betriebszeiten mit allen damit verbundenen Maßnahmen und Kosten ab.

Bei der Kommunalwahl 2004 sind wir GRÜNEN für diese grundsätzliche Position gewählt worden und für die stehen wir auch weiterhin ein. Denn Bündnis 90/DIE GRÜNEN finanzieren lieber ein Sozialticket für Menschen als ein Sozialticket für Fluggesellschaften. (MM)



Rot-GRÜN gewährt die notwendigen Hilfen für die Schwächsten

Fahrkarten, Schulbücher, Tornister und für Mathe einen Taschenrechner.

Einkommensschwache addieren alle Kosten und können nicht bezahlen.

Die Hartz IV-Regelsätze sind zu niedrig.

Der Syntax Error liegt im System.

Abhilfe leisten da kommunale Sozialpolitik. Die Dortmunder GRÜNEN möchten daher den Lernmittelfonds und das Sozialticket erhalten.

Die GRÜNEN im Rat verteidigen das Sozialticket und den Kommunalen Lernmittelfonds gegen die öffentliche Kritik.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN: „Die CDU hat die Einführung des Lernmittelfonds abgelehnt. Wenn sie jetzt die konkrete Umsetzung kritisiert, dann geht es ihr nicht darum, dass die betroffenen Familien und ihre Kinder auch wirklich Hilfen in Form von Heften, Stiften und Tornistern bekommen. Die CDU sorgt sich alleine um die Abläufe an den Schulen.“

Aus GRÜNER Sicht sind sowohl der Lernmittelfonds als auch das Sozialticket zu allererst notwendige und konkrete Hilfen für viele von Armut bedrohte oder betroffene Menschen in unserer Stadt.

Dass mittlerweile über 23.000 Personen ein Sozialticket nutzen, ist dafür nur ein Beleg. Deshalb haben wir beides eingeführt, obwohl es eigentlich Aufgabe des Bundes wäre, hier endlich was zu tun. Man muss festhalten: Nicht nur die CDU-geführte Bundesre-

gierung lässt die Menschen im Stich, indem sie sich weigert, endlich die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und einen eigenen Regelsatz für Kinder einzuführen. Auch mit der CDU in Dortmund haben die Betroffenen nichts zu lachen. Denn wer Sozialticket und Lernmittelfonds in Frage stellt, trifft damit zunächst vor allem genau die Ärmsten der Stadt.

Diegel blockierte Haushalt

Die GRÜNEN erinnern daran, dass der Beschluss zur konkreten Einrichtung des Kommunalen Lernmittelfonds erst in der letzten Sitzung des Rates vor den Sommerferien fallen konnte. Denn erst kurz vorher war der Haushalt der Stadt nach vielen Verzögerungen durch den CDU-Regierungspräsidenten freigegeben worden.

Bedingt durch die Sommerferien war klar, dass es keine optimalen Absprachen mit den Schulen geben konnte. Birgit Unger: „Dass es beim Lernmittelfonds Probleme bei der Umsetzung gibt, stellt aber doch seinen Sinn nicht

infrage. Im Gegenteil: 60,- Euro pro Kind für Schulmaterialien sind für die betroffenen Familien eine wichtige Unterstützung. Deshalb muss es jetzt darum gehen, dass trotz der Anlaufschwierigkeiten die Hilfe auch ankommt. Wir gehen davon aus, dass dies durch weitere Gespräche und Abstimmungen zwischen Schulen und Verwaltung besser und unkomplizierter klappt als bisher.“

Beim Sozialticket, so Birgit Unger, stellt sich die Situation vollkommen anders dar: „Da hat die Umsetzung hervorragend geklappt.“ Sozialverwaltung und Stadtwerke haben zu Beginn des Jahres innerhalb weniger Tage das Sozialticket auf den Weg gebracht. Organisatorische Probleme sind uns nicht bekannt.

Für eine Bewertung der angeblichen Mehrkosten fehlen nach wie vor die angekündigten Unterlagen der Stadtwerke. Wer das Sozialticket in seiner jetzigen Form kritisiert, dem muss klar sein: Mit der CDU würde es auch hier gar nichts geben. (MM)

Flächenfraß in Dortmund

Gewerbeflächen sollen

Landschaften

verdrängen und die

Industrie- und

Handelskammer

jongliert mit

Fantasie-Zahlen.

Die Dortmunder

GRÜNEN protestieren

gegen

Landschaftsverbrauch

und die SPD witzelt

zynisch über eine

Sympathie für

Gänseblümchen —

Wieder einmal droht

die Umwelt die

Verliererin zu sein.

Dabei sind die

Flächen Buddenacker

und Groppenbruch

schützenswerte

Naturräume.

Die Dortmunder GRÜNEN zweifeln die Zahlen der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu den Wirtschaftsflächen an. Zu den Berechnungen von IHK-Präsident Udo Dolezych bezüglich der Wirtschaftsflächen in Dortmund erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion Martin Tönnies: „Immer schön auf dem Boden der Realität bleiben! Bei einer realistischen Betrachtung der durchschnittlichen Verkäufe an Wirtschaftsflächen in den letzten sieben Jahren ergibt sich ein Wert von rund 15 Hektar pro Jahr. Dies entspricht bis zum Jahr 2015 einem Gesamtbedarf von rund 105 Hektar. Aktuell verfügt die Wirtschaftsförderung in Dortmund über vermarktungsfähige Flächen von 150 Hektar an Gewerbe- und Industrieflächen.“

IHK-Chef Udo Dolezychs prognostiziertes Defizit von 397 Hektar Gewerbeflächen bis zum Jahr 2015 entspricht bei einer realitätsnahen Betrachtung dem Bedarf für ein Vierteljahrhundert.

Bemerkenswert ist die Kritik an Thyssen-Krupp im Hinblick auf die schlepende Entwicklung der Westfalenhütte. Bei der TKS-Chefetage ist mehr Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Region notwendig und einzufordern.

Aber überzogene Preisvorstellungen sollen offensichtlich eher die Bilanzgewinne erhöhen, als die Flächen für die Ansiedlung von Betrieben zur Verfügung zu stellen.

Leider gibt es eine zunehmende Tendenz, mit dem Totschlagargument Arbeitsplätze und der damit verbundenen Drohung, einen Standortwechsel in ein Billiglohnland vorzunehmen, immer ungehemmter auf Frei- und Grünflächen zuzugreifen.

Gefahr durch Versiegelung

Bemerkenswert ist auch die Haltung der Sozialdemokraten in Dortmund. Angesichts GRÜNER Warnungen vor dem Flächenfraß witzelte die SPD zynisch über eine Sympathie für „Gänseblümchen“.

Sogar die Gewerkschaften wandten sich gegen eine solch diffamierende Vereinfachung und den Rückfall in vorökologische Diskussionen.

Dabei konnten am 26. Juli 2008 alle Dortmunder BürgerInnen die Folgen einer zunehmenden Flächenversiegelung erleben. Bei starkem Regen kann das Wasser nicht im Erdreich versickern.

GRÜNE-Fraktionssprecherin Ingrid Reuter: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es immer häufiger zu Unwettern dieses Ausmaßes kommen wird.“

Die Verbote der Klimaerwärmung müssen ernst genommen werden. Es muss geprüft werden, ob Schäden in den betroffenen Stadtgebieten hätten vermieden werden können und welche Vorsorgemaßnahmen es geben muss, um Schäden an Gebäuden zukünftig zu minimieren und Gefahren für Menschen zu verhindern. (MM)



Unsere Bundestags- kandidatInnen



Foto: MM

Barbara Blotenberg und Markus Kurth kandidieren 2009 für den Bundestag. Wo sie politisch stehen, beantworten sie im Gespräch.

BARBARA BLOTENBERG,
Familienmanagerin,
Bundestagswahl-Kandidatin im
Wahlkreis 144, Dortmund II.

Bei den GRÜNEN bin ich seit fast 15 Jahren, zuerst in der Bezirksvertretung Aplerbeck und seit drei Jahren im Rat der Stadt engagiert.

Meine politischen Schwerpunkte sind Kinder-, Jugend- und Schulpolitik.

In zehn Jahren haben Bündnis 90/Die GRÜNEN einen flächendeckenden Mindestlohn eingeführt und es hoffentlich erreicht, dass jede und jeder ein Bedingungsloses Grundeinkommen erhält und eine Schule für alle Kinder die Regelschule ist.

Alle Kassen sind leer. Und Hartz IV wird in Dortmund von der ARGE verwaltet. Was kann kommunale Sozialpolitik da noch leisten?

Im Gegensatz zu Bund und Land wird in Dortmund nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Beispiele sind das Sozialticket, der Lernmittelfonds und das Projekt Zeitgewinn, das den Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. den Beruf erleichtert und unterstützt.

Der Lernmittelfonds ist ein zusätzliches Organisations-Monster.

Warum sehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN darin noch ein wichtiges Instrument?

Wir wollen den von Armut bedrohten Familien und ihren Kindern wirkliche Hilfen in Form von Heften, Stiften und Tornistern zukommen lassen. 60 Euro für jedes anspruchsberechtigte Kind sind eine wichtige Unterstützung. Die

organisatorischen Probleme zu Beginn des Schuljahres lagen auch darin begründet, dass der Beschluss erst in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause fallen konnte.

Erst kurz zuvor war der Haushalt der Stadt durch den CDU-Regierungspräsidenten Diegel nach vielen Verzögerungen freigegeben worden. Dass dies der richtige Weg ist, zeigen die Planungen der Bundesregierung, ab dem nächsten Schuljahr ein „Schulstarterpaket“ einzuführen.

Das Sozialticket kostet viele Millionen Euro. Das Geld fehlt in Dortmund. Warum ist das Sozialticket eine wichtige Entscheidung? Wie soll es weiterentwickelt werden?

Dass mittlerweile rund 23.000 Personen ein Sozialticket nutzen, ist ein Beleg dafür, wie wichtig und richtig die Entscheidung war.

Mit dem Dortmunder Sozialticket schaffen wir ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit. Mobilität ist für mich eine Form von Grundrecht. Ziel ist es, das Sozialticket in Deutschland flächendeckend einzuführen.

Die Landesregierung hat die finanzielle Unterstützung für Arbeitslosenzentren gestrichen? Wie stehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN dazu?

Das Dortmunder Arbeitslosenzentrum hat einen wichtigen Stellenwert für die Beratung und Unterstützung derjenigen, die durch Arbeitslosigkeit in vielfältiger Weise mit persönlichen Problemen und oft existentiellen Lebensfragen konfrontiert sind.

Nach eigenen Aussagen erreicht das Dortmunder Arbeitslosenzentrum

jährlich in der Beratung mehr als 2500 Menschen.

Dazu kommen mehr als 10.000 Menschen, die sich neben den individuellen Hilfen über zusätzliche Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten austauschen und informieren. Wir freuen uns, dass uns für Dortmund eine Lösung gelungen ist, die den Fortbestand des Arbeitslosenzentrums ermöglicht.

Die Energiepreise steigen. Die BürgerInnen fangen endlich an, Strom und Heizenergie zu sparen. Warum wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausgerechnet jetzt einen Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte einführen und wie soll dieser aussehen?

Zum einen wollen wir die Energierechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine Energiesparoffensive z.B. in Sozialwohnungen deutlich senken.

Finanziert durch einen Stromsparmifonds sollen z.B. zügig Nachtspeicherheizungen ausgetauscht werden. Ein Ökobonus von 50-100 € könnte für die Anschaffung von energiesparender Technik genutzt werden.

Durch einen sozial-ökologischen Tarif wollen wir ein Energieexistenzminimum für jeden Menschen gewährleisten. Gleichzeitig setzt ein progressiv ansteigender Tariflauf Anreize zum Energiesparen.

Eine neue Bundesregierung muss als erstes die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II erhöhen und einen eigenen Regelsatz für Kinder einführen.

Die Rüstungsausgaben müssen zeitgleich begrenzt werden.

Ein neuer Stadtrat muss als erstes alle Flughafenausbaupläne und Flugzeitenverlängerungspläne für den Flughafen Dortmund ad acta legen.

Als Abgeordnete werde ich mich verstärkt für das Ruhrgebiet einsetzen.

MARKUS KURTH,

Politiker, zuvor Bildungsmanager bei der Heinrich-Böll-Stiftung NRW. Bundestagswahl-Kandidat im Wahlkreis 143, Dortmund I.

Bei den Grünen bin ich sozialpolitischer und behindertenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion.

Alle Kassen sind leer. Und Hartz IV wird in Dortmund von der ARGE verwaltet. Was kann kommunale Sozialpolitik da noch leisten?

Wenn an die Banken beinahe wöchentlich Summen gehen, von denen man jeweils locker für mindestens ein Jahr eine kräftige Regelsatzerhöhung bezahlen könnte, können „die Kassen“ so leer ja nicht sein. Und eine Regelsatzerhöhung würde sogar volkswirtschaftlich Sinn machen, weil das Geld direkt zur Stärkung der Inlandsnachfrage wirksam würde.

Die ARGE in Dortmund macht einen guten Job. Das heißt nicht, dass man nicht das zugrunde liegende Sozialgesetzbuch II verändern muss. Im Gegenteil: Die Erhöhung von Regelsätzen und Freibeträgen sowie die Einführung einer Zumutbarkeitsregelung, die vor Lohndumping schützt, wären die wichtigsten Vorhaben, ohne die ich eine GRÜNE Regierungsbeteiligung schlechterdings für unmöglich halte.

Gerade in Dortmund zeigt sich anhand der Beispiele „Sozialticket“ und „Lernmittelfonds“, was kommunale Sozialpolitik zu leisten vermag. Bei leeren kommunalen Kassen sind die Handlungsspielräume begrenzt. Der Bund steht in der Pflicht, den Jobcentern vor Ort mehr lokale Spielräume zu ermöglichen. Leider macht das

SPD-Arbeitsministerium das genaue Gegenteil: Olaf Scholz erstickt die Initiativen für aktive lokale Arbeitsmarktpolitik und droht damit letzten Endes, erfolgreiche Dortmunder Beschäftigungsträger platt zu machen. Dann blieben für Arbeitsförderung und Qualifizierung nur noch irgendwelche Billigheimer, die keine Ahnung vom örtlichen Arbeitsmarkt haben und die nicht mit Betrieben aus der Region vernetzt sind.

Das Sozialticket kostet viele Millionen Euro. Das Geld fehlt in Dortmund. Warum ist das Sozialticket eine wichtige Entscheidung? Wie soll es weiterentwickelt werden?

Das Sozialticket ist ein Mittel, Menschen, die von Armut betroffen sind, wieder eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Nichtsdestotrotz kann das Sozialticket nur eine Zwischenstation sein. Letztendlich geht es darum, dass in den Regelsätzen für Hartz IV ein Betrag eingeplant wird, der den tatsächlichen Mobilitätsanforderungen der Menschen genügt. Die aktuell eingeplanten knappen 15 Euro für Bus und Bahn im Monat reichen bei weitem nicht aus. Solange die Regelsätze auf diesem Niveau bleiben und nicht den tatsächlichen Bedarf decken, brauchen wir das Sozialticket.

Die Landesregierung lässt die finanzielle Unterstützung für Arbeitslosenzentren streichen? Wie stehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN dazu?

Die Kürzungspolitik von „Sozialminister“ Laumann bei den Arbeitslosenzentren ist völlig unsinnig. Den Arbeitslosen wird eine unabhängige Beratung genommen. Die hervorragende Arbeitslosenberatung in Dortmund hilft in gewisser Weise sogar dem Jobcenter, da viele leistungsrechtliche Fragen vorab in der Beratungsstelle geklärt werden und die Betroffenen besser ihre Rechte verstehen sowie vertreten können. Fehlerhafte Bescheide, Widerspruchsverfahren und Klagen können so verringert werden. Damit haben Stadt, Land und

Bund auch noch etwas davon.

Die Energiepreise steigen. Die BürgerInnen fangen endlich an, Strom und Heizenergie zu sparen. Warum wollen Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausgerechnet jetzt einen Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte einführen und wie soll dieser aussehen?

Keine Energie ist billiger als die, die erst gar nicht verbraucht wird. Energiesparen ist der beste Schutz gegen steigende Energiepreise. Dabei sind die Einsparpotenziale in allen Lebensbereichen riesig. Das Problem ist, dass für viele Haushalte moderne Energietechnik noch unerschwinglich sind. Ein Alg-II-Empfänger müsste z. B. für einen energieeffizienten Kühlschrank etwa 20 Jahre sparen. Zur Unterstützung gibt es unterschiedliche richtige Ansätze. So könnten beispielsweise die Einnahmen aus den Versteigerungen der Emissionszertifikate genutzt werden, um VerbraucherInnen beim Energiesparen zu unterstützen. In Großbritannien werden schon jetzt die Energieunternehmen verpflichtet, die Hälfte ihrer Einsparmaßnahmen in einkommensschwachen Haushalten durchzuführen.

Eine neue Bundesregierung muss als erstes das zunehmende Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich aufhalten und abbauen. Angemessene Regelsätze bei der Grundsicherung sind hier auf jeden Fall der erste Schritt.

Als Abgeordneter werde ich mich für ein höheres Arbeitslosengeld II, für mehr Rechte der Erwerbslosen, bessere Gemeindefinanzen und natürlich für den Schutz von Natur und Klima einsetzen.

So wählen die DortmunderInnen die Bundestag-Direktkandidaten:

Wahlkreis 143 (Dortmund I):

Hombruch, Huckarde, Innenstadt-Ost, Innenstadt-West, Lütgendortmund und Mengede.

Wahlkreis 144 (Dortmund II):

Aplerbeck, Brackel, Eving, Hörde, Innenstadt-Nord und Scharnhorst.

Ortsverband Innenstadt- West

Für die Menschen von Klinik-, Westpark- und Kreuzviertel, der Rheinische Straße, der City und Dorstfeld setzt sich der Ortsverband ein. Dabei geht es lebhaft zu, wenn sich jeden zweiten Dienstag 10 bis 15 Idealisten in der „Fetten Henne“ treffen.

Vier davon sitzen derzeit in der Bezirksvertretung und einer im Rat, wo sie sich für eine nachhaltige Verkehrsplanung, die Jugendlichen und Kinder dieses Bezirks oder den Kampf gegen Rechts einsetzen.

Aber auch die Sorgen der AnwohnerInnen wohnortnaher Betriebe, die Ansiedlung von größeren Geschäften in der Innenstadt (z.B. ECE) oder Dorstfeld (REWE) stehen regelmäßig auf der Tagesordnung.

Tatkräftige Unterstützung gibt es bei der Beantwortung strittiger Fragen von den übrigen Ortsverbandsmitgliedern, die ihre Ideen einbringen oder Anträge formulieren. Regelmäßig erkunden wir mit dem Fahrrad oder mit Quartiersspaziergängen unseren Bezirk und entdecken ihn und seine vielseitige Kneipenlandschaft immer wieder neu. In diesem Jahr hat sich der Ortsverband zur Vorbereitung der Kommunalwahl zu einem Klausurwochenende am Glörsee getroffen.

Einige Ergebnisse unserer Arbeit kann man in Form von Protokollen und Anträgen bei unserem Internet-Auftritt (gerade aufgemöbelt!) oder in Form von Fahrradhäusern und -bügel in Stadtbezirk sehen.

Mitstreiten erwünscht!

Erste Termine im neuen Jahr:

6. und 20. Januar, 19:30 Uhr, „Fette Henne“ (Kleine Beurhausstraße), Ortsverbandssitzung.

Kontakt: MKruegerS@aol.com

0231/ 10 33 58 (SG, MKS)

Mandatsverlängerung Afghanistan — Dortmunder GRÜNE sagen NEIN!

Keine Zustimmung zu einem „Weiter so in Afghanistan“, Nein zur Operation Enduring Freedom (OEF) und Tornados, Strategiewechsel jetzt. So beschloss es die Parteibasis in Göttingen im Herbst 2007. Ein Jahr später antwortete Markus Kurth auf die Frage nach seiner Haltung zur Mandatsverlängerung für Afghanistan: Er sei dagegen, hielte aber eine erneute Aufspaltung der Bundestagsfraktion für fatal.

Am 16. Oktober 2008 stand fest: Obwohl die Tornados der Bundeswehr das gesamte Kriegsgebiet zwecks Aufklärung überfliegen, trotz der weiterhin bestehenden operativen Verkettung von OEF und ISAF und obwohl sich nicht die Spur eines Strategiewechsels andeutet, stimmten 15 GRÜNE für die Mandatsverlängerung.

Markus Kurth sah sich nicht länger gebunden, mit einer Enthaltung um die Geschlossenheit der Fraktion zu

kämpfen und stimmte dagegen. Die Rückendeckung gab es hierfür von der Kreismitgliederversammlung der GRÜNEN in Dortmund, die die Bundestagsfraktion am Abend zuvor um eine klare Ablehnung der Mandatsverlängerung ersuchte.

Bis zum Dezember 2009 wird die Zahl der in Afghanistan stationierten Soldaten um 1000 auf 4500 erhöht. Ein Kurswechsel hin zu mehr zivilem Aufbau rückt in weite Ferne.

Auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt wurde der Partei der Abschlussbericht der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission vorgelegt. Kritik an der Afghanistan- und Kosovo-Politik, sowie klare Bekenntnisse zur Stärkung der Vereinten Nationen und zur zivilen Krisenprävention erhalten die Hoffnung, dass die GRÜNE Friedenspolitik vielleicht in Zukunft hält, was sie verspricht. (SG)

Die Dortmunder GRÜNEN fordern: Keine weiteren Mandatsverlängerungen für Afghanistan!



Foto: ISAF

Staatliche Umweltverwaltung in NRW zerstückelt

Im Landtags-Wahlkampf 2005 hatten CDU und FDP gewettert, dass sie den verhassten Umweltbereich, - Bärbels Reich – „schleifen und zerstören“ würden. Es galt, Landesaufgaben im Umweltschutz abzuschaffen, zu kommunalisieren und sogar zu privatisieren, wie es vehement die FDP fordert.

Umweltämter aufgelöst

Fast unbemerkt sind zum 01.01.2007 die bestehenden 11 Staatlichen Umweltämter in NRW aufgelöst worden. Anfang 2008 wurde die Zerlegung der Belegschaft vollzogen. Das für Dortmund zuständige Staatliche Umweltamt Hagen war nach Köln das zweitgrößte Amt, mit zuletzt etwa 180 Beschäftigten.

Von diesen wurden 25 Beschäftigte zu den kreisfreien Städten Bochum, Dortmund, Hagen, Herne sowie zum Ennepe-Ruhr Kreis und Märkischen Kreis „umgesetzt“. Die Beamten wurden Kommunalbeamte, die Angestellten sind vom Umweltministerium zur Aufgabenerledigung „ausgeliehen“, ein höchst umstrittener Umgang mit Arbeitnehmerrechten. Weitere 60 Beschäftigte des Labors in Hagen wurden dem neuen Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz mit Hauptsitz Recklinghausen zugeschlagen.

20 Beschäftigte gingen in den vorzeitigen Ruhestand, Altersteilzeit oder kündigten. 75 Beschäftigte wechselten zur Bezirksregierung. Von den 2 Laboren im Regierungsbezirk Arnsberg wird künftig nur Lippstadt übrig bleiben. Landesweit wird die Zahl der Labore von 8 auf 4 reduziert. In Hagen wird ein hochmodernes Laborgebäude von 1987 und Bürogebäude von 2000 aufgegeben. Vielen teilzeitbeschäftigten MitarbeiterInnen wurde ein Arbeitsplatz in Lippstadt (100 km) oder Herten (65 km) angeboten.

Ist das die familienfreundliche Arbeitsmarktpolitik der schwarz-gelben Landesregierung? Wo bleibt die soziale Fürsorge für die Landesbediensteten?

In Zukunft wird das östliche Ruhrgebiet mit seinen vielen Industriebetrieben vom 100 km entfernten Lippstadt im Kreis Soest aus bedient, obwohl das Labor in einem Gerichtsgebäude aus den 1960er Jahren nicht optimal untergebracht ist. Dieser Standort bleibt sicher auch wegen der Nachbarschaft zum Wahlkreis von Umweltminister Uhlenberg (CDU) erhalten.

Politische Verantwortung

Verantwortlich sind Innenminister Wolf (FDP) und sein „1. Parlamentarischer Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung und Sport“, Manfred Palmen (CDU), der Wert auf seine Fallschirmspringer-Karriere legt. Palmen ist Jurist, der 25 Jahre bei der Bezirksregierung Düsseldorf Dezent für Wasser und Abfall gewesen ist, ehe er ausschied, um als Landtagsabgeordneter und Rechtsanwalt tätig zu werden.

Zehn Jahre lieferte er sich mit Bärbel Höhn Redeschlachten im Landtag. Der Überraschungssieg von Rüttgers (CDU) im Mai 2005 reaktivierte den damals 61-jährigen für eine große Aufgabe. Ministerpräsident Rüttgers machte ihn zum „Chef-Stallausmister“ im Umweltbereich.

Während Innenminister Wolf allgemein von Verwaltungsmodernisierung spricht, wettert Palmen von der Zerschlagung des Umweltbereichs. Er ist ohne Zweifel von der Richtigkeit seines Handels überzeugt und im fortgeschrittenen Maße beratungsresistent: „...wir wissen alles, die Konzepte liegen in der Schublade...“ tönte er.

Unser GRÜNER Landtags-Abgeordneter Johannes Rimmel wurde mehrfach von ihm unsachlich und herabwürdigend attackiert.

An den 1000 MitarbeiterInnen der Staatlichen Umweltämter (etwa 0,5 Prozent der 200.000 Landesbediensteten) wurde ein Exempel statuiert. Ihre Proteste sind zahlenmäßig nicht ins Gewicht gefallen und blieben wirkungslos. Dies war kalkuliert und ging

auf. Der skandalöse Umgang war Ausdruck der Landesregierung, Personal um jeden Preis loszuwerden. ArbeitnehmerInnen wurden wie Konkursmasse verschoben. Opfer waren einkalkuliert. Die Bediensteten waren zunächst geschockt, dies ging in einen Zustand der Ohnmacht über und es folgte eine tiefe Resignation. Die exzellente Fachkompetenz und eine hohe Motivation in der Landesumweltverwaltung sind systematisch zerstört worden. Der Frust ist groß, es gilt das Motto von Schwarz-Gelb „Privat vor Staat“ ergänzt um „es ist 15.30 Uhr, ich gehe nach Hause.“

Rüttgers hat mit Uhlenberg einen gelernten konventionellen Landwirt und Teilhaber an einer Windkraftanlage zum Umweltminister gemacht. Seine wichtigste Aufgabe ist es, für Ruhe unter den mit seiner Vorgängerin Bärbel Höhn unzufriedenen, konventionellen LandwirtInnen zu sorgen.

Der politische Wechsel wird von diesen als *Bauernbefreiung* bezeichnet. Uhlenberg betreibt in erster Linie Landwirtschaftspolitik und betont immer wieder, es würden keine Umweltstandards abgesenkt.

Geringere Umweltstandards

Parole der schwarz-gelben Landesregierung ist ein Umweltschutz mit Augenmaß. Wie soll das mit landwirtschaftlich bedingtem Sehfehler gelingen? Europäisches Recht soll nur 1:1 umgesetzt werden. Herausgekommen ist eine 1: 0,2 Umsetzung und diese wird in den Medien als ambitioniert dargestellt.

Wichtig ist für Schwarz-Gelb, dass Umweltschutz nichts kosten darf und der konventionellen Landwirtschaft und Industrie nicht schadet! Wichtige Ziele des Umwelt, Natur- und letztlich des Klimaschutzes werden definitiv nicht erreicht.

Der Verfasser ist der Herausgeberin bekannt.

BDK in Erfurt- soviel Harmonie war nie

Was für Ergebnisse: Am letzten Tag der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die GRÜNEN (BDK) in Erfurt wurde das Spitzenduo für die Bundestagswahl, Renate Künast und Jürgen Trittin, mit 92 % der Stimmen gewählt. Am Vortag erhielten Claudia Roth und Cem Özdemir nach begeisternden Reden deutliche Zustimmung aus allen Lagern zu ihrem Parteivorsitz.

Auch inhaltlich herrschte der Konsens vor: Bis 2020 vierzig, bis 2050 hundert Prozent Erneuerbare Energien in Deutschland und eine klare Absage an Atom und Kohle. Auf Antrag Dortmunder GRÜNER wurde der Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) als wichtiger Beitrag kommunaler Klimaschutzpolitik bei der Frage der Mobilität in den Antrag zur Energieumdeutung aufgenommen. Deutliche Worte und ambitionierte Vorschläge für einen strukturellen Wandel in der Finanzwirtschaft, die sich stärker als bisher an der Realwirtschaft messen und ihren Beitrag zur Konsolidierung der Finanzmärkte leisten soll, fanden eine breite Zustimmung.

Die Anträge zur Menschenrechtspolitik, wie die Unterstreichung des Menschenrechts auf Nahrung, gegen jegliche wirtschaftliche Interessen, oder die Forderung nach einer Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen in Deutschland, und die Vorlage des Abschlussberichtes der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission brachten spannende, fundierte Diskussionen, aber nur wenige strittige Abstimmungen.

Schwer tat sich die BDK dagegen mit der eigenen Satzung. Weder für eine Neuenquote noch für die Verlängerung der Sonderbehandlung der östlichen Bundesländer auf Parteitag, kam eine passende Mehrheit zusammen.

Das konnte die allgemeine Aufbruchstimmung in ein spannendes Wahljahr 2009 nicht trüben. Es wurde getrommelt, gestritten, gefeiert. Und Erfurt war allemal einen Parteitag wert. (SG)



Foto: Ralf Henze

Termine

Mitgliederversammlung des GRÜNEN Kreisverbandes zur Listenaufstellung für die Kommunalwahlen: 17./18.01.2009, Ort: N.N.

Bundesdelegiertenkonferenz:

23.-25. 01. 2009, Westfalenhallen Dortmund

Neujahrsempfang: 08.02.2009,

Kreisverbandsbüro

Landesdelegiertenkonferenz: 20.-22.03.2009,

Stadthalle Hagen

